

1114/J XXIII. GP

Eingelangt am 28.06.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Werner Amon
und Kollegen
an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz
betreffend unverständliche Äußerungen des Sozialministers

In der derzeitigen Pflegedebatte hat Bundesminister Buchinger in einer Äußerung in den Medien zugegeben, dass „die selbstständige legale Pflege mit rund 1.800 € im Monat um ca. 1.000 € im Monat billiger ist, als die Pflege mit angestelltem Personal“. Gleichzeitig hieß BM Buchinger aber fest, dass er nicht bereit wäre, selbstständige Pflegerinnen und Pfleger zu fördern. Diese Aussagen BM Buchingers bedeuten, dass er diejenige Art und Weise der legalen Pflege, die für die meisten Betroffenen am ehesten leistbar ist, verhindern will und nur Pflegemodelle fördert, die sich nur wenige leisten können. Um eine legale, leistbare Pflege sicherzustellen, erscheint daher gerade die Förderung der selbstständigen Pflege durch den Sozialminister geboten.

Angesichts der diesbezüglich unverständlichen Äußerungen des Sozialministers stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage:

1. Was hat Sie bewogen, in einem Interview festzuhalten, dass Sie selbstständige Pflege und Betreuung nicht fördern wollen, revidieren, um für möglichst viele Betroffene eine leistbare legale Pflege in Österreich sicherzustellen?
2. Aufgrund welcher Argumente sind Sie zur Einsicht gelangt, dass Sie nunmehr auch die selbstständige Pflege fördern wollen?